

# Solidarität



**Einkommen:** Bei gleicher Arbeit verdienen Frauen oft viel weniger als Männer **Seite 4**



**Bauarbeiter:** Extremen Arbeitsbedingungen ausgesetzt – vor allem im Sommer **Seite 5**

**Kommentar:** Josef Muchitsch, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, über leistbares Wohnen **Seite 12**



## Fair zahlen – mehr zahlen

**Die Reichen müssen mehr zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen.**

**Seite 3**



© OGB-Verlag/Markus Zahradnik

[www.ogb.at](http://www.ogb.at)

### Darf's a bisserl mehr sein?

**Ja! Mehr Geld – aber weniger Teilzeit!**  
Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich sind ein heftig umstrittenes Thema. Gibt es sie wirklich? Was trägt die Teilzeitarbeit dazu bei? Welche Auswirkungen hat Teilzeitarbeit auf das Leben der Betroffenen? Erfahren Sie mehr beim Infoabend.

**Dienstag, 25. September 2012, 18.00 Uhr**  
Anmeldung unter [servicecenter@ogb.at](mailto:servicecenter@ogb.at) oder  
01/534 44 - 39100 erforderlich.  
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

**OGB SERVICECENTER**



[www.ogb](http://www.ogb)

## editorial



NANI KAUER

## Vorsicht geboten

„Sozialstaat fairbessern“ verlangen ÖGB und Gewerkschaften auch im Herbst: nicht abbauen, sondern ausbauen; nicht mit Märchen über Sozialschmarotzer oder mit Panikmache verunsichern, sondern den Sozialstaat mit fairer Finanzierung sicher machen. Warum ist das für den ÖGB jetzt überhaupt ein Thema? Dem Sozialstaat in Österreich will ja eh niemand an den Kragen.

Das stimmt nicht ganz. Ruft man sich immer wiederkehrende Aussagen in Erinnerung, dann gibt es sehr wohl Angriffe auf Leistungen des Sozialstaates: den ersten Krankenstandstag nicht bezahlen, Wiedereinführung von Studiengebühren, Schlechtreden von staatlichem Pensions-, Gesundheits- oder Bildungssystem und mehr. Vorsicht ist also angebracht. Und Infos darüber, was den Sozialstaat erhalten bleibt und verbessert, ausgebaut, abgesichert wird: sozialer Friede, Absicherung bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit, gleiche Bildungschancen für alle, gute Fachkräfte für die Betriebe, ...

Und es gibt einen einzigen Grund, ihn abzubauen: Gewinne für Private, die vom Abbau sozialstaatlicher Leistungen profitieren.

## Impressum:

**Herausgeber:** Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellern:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegel. **AutorInnen:** Amela Muratovic, Florian Kräfte, Bettina Loidhold, Wolfgang Purer, Canan Aytekin, Katja Dämmrich, Heike Hausensteiner, Sophia Fielhauer-Resei, Josef Muchtitsch. **Layout/Grafik:** Walter Schauer. **Bildredaktion:** Peter-Paul Waltenberger. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, WWW: http://www.oegb.at/soli

Für unverlangt eingesandene Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352  
DVR-Nr.: 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE InDesign CS erstellt.



August 1974, Firma Steyr

© ÖGB/Lehr

# Grundstein gelegt

100. Geburtstag Anton Benyas – in Erinnerung rufen, dass nicht alles selbstverständlich ist.



© ÖGB/Johann Klingner

**Treu.** Es war das Jahr 1966, als Anton Benya als ÖGB-Präsident das erste, noch druckfrische Exemplar der Solidarität überreicht bekam. Und er blieb der Solidarität stets treu. „Ich gebe zwei Mal im Jahr ein Interview, und das bekommt unser Zentralorgan, die Solidarität“, sagte Benya später in einem Interview. Benya, der den Beruf des Elektromechanikers erlernte, wäre im Oktober 2012 hundert Jahre alt geworden.

## Einsatz für ArbeitnehmerInnen

Früh engagierte sich Benya als Jugendvertrauensmann im Betrieb und in der Lehrlingssektion der Metallergewerkschaft. Von 1956 bis 1959 wirkte er als stellvertretender Generalsekretär des ÖGB, davor als Organisationssekretär. Weitere Stationen: Vizepräsident des ÖGB,

Vorsitzender der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie. 1963 wurde er zum ÖGB-Präsidenten gewählt, in dieser Funktion blieb Benya 24 Jahre.

## In Erinnerung rufen

Anton Benyas 100. Geburtstag ist, neben allem Gedenken, auch ein guter Anlass, manche Selbstverständlichkeit – jährliche Lohn- und Gehaltserhöhungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Arbeitsrechte, Mitbestimmung der Beschäftigten durch Betriebsräte und Personalvertretungen und mehr – ins Rampenlicht zu rücken. Engagierte Menschen, wie Anton Benya einer war, haben diese und weitere Fortschritte durchgesetzt. „Die Fortschritte, die wir heute als GewerkschafterInnen erreichen können – bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen, auf betrieblicher Ebene oder in der Sozialpolitik –, haben in vielen Bereichen ihr Fundament in der Zeit, als Anton Benya Vorsitzender der Metallergewerkschaft und dann ÖGB-Präsident war. Mit dem Blick in die Vergangenheit, den wir rund um Anton Benyas 100. Geburtstag machen, wollen wir ganz in seinem Sinn die Aufgaben der Gegenwart bewältigen und Kräfte für die Gestaltung der Zukunft mobilisieren“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar.

## Nutzen oder Schaden?

**Rudolf Nürnberger**, ehem. Vorsitzender der Gewerkschaft GMT: „Wenn wir GewerkschafterInnen unsere Arbeit tun, wenn wir über Löhne und Gehälter verhandeln, wenn wir auf sozialpartnerschaftlicher Ebene tätig sind, dann fragen wir uns immer: ‚Nützt oder schadet das den ArbeitnehmerInnen?‘ Weil wir das vom Toni so gelernt haben.“

**Anton Pelinka**, Politikwissenschaftler:

„Anton Benya steht für die Erfolge der österreichischen Gewerkschaftsbewegung – aber auch für die Risiken, mit denen diese Erfolge verbunden sind. Der ÖGB, die ‚Säule der Zweiten Republik‘, der ÖGB, ohne den – angeblich – in den 60er- und 70er- und 80er-Jahren ‚nichts gegangen ist‘: Dieser überparteiliche und dennoch mit Parteien verflochtene, dieser starke, aber gleichzeitig oft schwerfällige, dieser mächtige und dennoch nur zu oft gelähmt wirkende Gewerkschaftsbund wurde zurecht mit einem Namen und einer Person ganz besonders verbunden – eben mit Anton Benya.“

**Franziska Fast**, ehem. österreichische Politikerin:

„Er hat nie etwas gesagt, um jemandem schön zu tun und gefällig zu sein. Zu seiner Linie ist er immer gestanden, und er hat ja auch immer wieder Recht gehabt. Als Politiker muss man sich immer wieder darauf besinnen, in welcher Partei man ist und für wen man da ist. Beim Benya Toni hat man immer verstanden, worum es geht.“

**Hans Krankl**, ehem. österreichischer Fußballspieler:

„Ich habe Anton Benya bis heute in bester Erinnerung behalten. Kaum ein anderer hat mehr für Rapid im Speziellen und für den österreichischen Fußball im Allgemeinen getan. Ohne dabei sein Mäzenatentum und sein Engagement an die große Glocke zu hängen.“

*Die Zitate stammen aus dem ÖGB-Jahrbuch 2003, welches unter dem Titel „Der Vertrauensmann“ Anton Benya gewidmet war und anlässlich seines 100. Geburtstages, ergänzt um neue Beiträge, neu aufgelegt wurde.*

## Sozialpolitik unter Benya – einige Highlights

- 1963** Im Raab-Benya-Abkommen wurde die Errichtung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen vereinbart.
- 1964** Einrichtung des Karl-Maisel-Sozialfonds zur finanziellen Unterstützung bedürftiger Gewerkschaftsmitglieder. Das Urlaubsgesetz wurde dahingehend geändert, dass der Urlaub bei Krankheit unterbrochen wird.
- 1969** ÖGB und Bundeswirtschaftskammer einigten sich auf die etappenweise Einführung der 40-Stunden-Woche bis 1975.
- 1971** Für alle ÖGB-Mitglieder wurde eine Freizeit-Unfallversicherung eingeführt.
- 1973** Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Brüssel, dessen Mitglied der ÖGB wurde.
- 1974** Das Arbeitsverfassungsgesetz wurde im Nationalrat beschlossen.
- 1975** Novellen im Arbeits- und Sozialrecht traten in Kraft, u. a. im Arbeitslosenversicherungsgesetz, Verbesserungen beim Karenzurlaubsgeld und beim Mutterschutz.
- 1976** Erstmals hatte der ÖGB mehr als 1,6 Millionen Mitglieder. Der Mindesturlaub wurde auf vier bzw. fünf Wochen ausgedehnt.
- 1979** Der Nationalrat beschloss das Arbeiter-Abfertigungsgesetz.
- 1981** Das Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz trat in Kraft.
- 1983** Der ÖGB-Bundesvorstand billigte das Mallorca-Paket der Regierung, weil die Forderung des ÖGB, durch die Einrichtung von Beschäftigungsprogrammen und Steuermehreinnahmen die Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, erfüllt wurde.
- 1985** Das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz trat in Kraft.
- 1986** Der Mindesturlaub wurde auf fünf bzw. sechs Wochen ausgedehnt. Der Nationalrat beschloss eine Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz, die die Mitbestimmung der Arbeitnehmer verbesserte.

# Sozialstaat Fairbessern

Pech gehabt ohne Sozialstaat.

**Nachteile für alle.** Immer wieder fordern manche: „Wir müssen sparen! Streichen wir den Sozialstaat zusammen!“ Was uns die Sparmeister der Nation aber nicht sagen: Weniger Sozialstaat bedeutet mehr Ausgaben – für jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns! Wir haben uns angesehen, welche Kosten auf Sie zu kommen würden, wenn am Sozialstaat herumgestrichen würde:

## Kindergarten 4.740 Euro/Jahr

Österreich gibt laut OECD im Schnitt 4.740 Euro pro Kind und Jahr für den Kindergartenplatz aus. Der Sozialstaat sorgt dafür, dass sich alle Eltern Kindergartenplätze leisten können. In Wien zum Beispiel um null bis 226 Euro/Monat.

## Schulbuch 83 Euro/Jahr und Kind

Über acht Millionen Schulbücher werden jedes Jahr für rund

1,2 Millionen Schülerinnen und Schüler angekauft. Im Schnitt bekommt jedes Kind sieben Bücher pro Schuljahr. Das kostet laut Familienministerium pro Kind 83 Euro. Im Sozialstaat beträgt der Selbstbehalt aber nur zwischen null und circa 15 Euro.

## Verkehr Jahreskarte in London: 1.246 Euro

Eine Jahreskarte für öffentliche Verkehrsmittel in London kostet 1.246 Euro, in Dublin 1.416 Euro, Oslo 914 Euro, Stockholm 795 Euro, ... Liberalisierte und privatisierte Verkehrsanbieter, wie zum Beispiel in London, wollen Gewinne machen, nicht sozial tätig sein. In Wien zahlt man 365 Euro für eine Jahreskarte, in Linz 378, ... Der Betrieb der Öffis kostet in Österreich ungefähr 2,5 Milliarden Euro (ohne Infrastruktur). Zwei Drittel davon zahlen wir aus Steuermitteln.

## Volksschule 6.400 Euro/Jahr

Laut OECD gibt Österreich pro Volksschulplatz knapp über 6.400 Euro aus. Kosten für die Eltern im Sozialstaat: null Euro.

## Blinddarm-Operation 2.180 Euro

Operation, fünf bis sechs Tage stationärer Aufenthalt und Nachversorgung verursachen laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger Kosten von rund 2.180 Euro.

## Armutsgefährdet 96 Prozent der PensionistInnen

Ohne Sozialleistungen und Pensionen wären in Österreich laut Statistik Austria 43 Prozent der Menschen armutsgefährdet, in PensionistInnenhaushalten wären es sogar 96 Prozent. Dank sozialstaatlicher Leistungen und Pensionen sind „nur“ 15 Prozent der Pensi-



nistInnenhaushalte von Armut gefährdet. Immer noch zu viele – weniger werden es mit einem noch besser ausgebauten und fair finanzierten Sozialstaat.

## Geburt 2.090 Euro

Eine komplikationslose Geburt mit vier bis fünf Tagen stationärem Aufenthalt und medizinischer Nachversorgung von Mutter und Kind kostet laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger 2.090 Euro.

## Ausbildungsgarantie:

### Jugend

Eine gute Ausbildung erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt und schützt vor Arbeitslosigkeit. Jährlich absolvieren bis zu 8.000 Jugendliche nach ihrer Pflichtschulzeit keine weiterführende Ausbildung. Für diese jungen Menschen fordern wir ein zusätzliches Jahr der Ausbildungspflicht. Für alle anderen, die eine weiterführende Schule oder Lehre machen, ändert sich nichts. Die Politik hat eine Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr abgegeben. Wir wollen erreichen, dass alle jungen Menschen diese Ausbildungsgarantie nutzen. Es geht nicht darum, ein weiteres Jahr abzusetzen, sondern um konkrete Ziele, die im Detail jetzt ausgearbeitet werden müssen – auch die Anrechenbarkeit auf die Lehrausbildung. Die Richtung ist klar: Jugendliche zu motivieren, ihre Chance auf eine gute Ausbildung wahrzunehmen.

## Direkte Demokratie:

### Nicht kaufen

Das Rezept für mehr Demokratie darf nicht lauten, das Parlament durch automatische Volksabstimmungen auszuschalten. ÖGB-Präsident Erich Foglar fürchtet, dass man dann, „wenn man nur genug Geld für Inserate hat, ein Gesetz kaufen kann. Eine derartige US-Amerikanisierung der Politik lehnen wir ab.“ Prinzipiell ist aber nichts gegen mehr Demokratie und BürgerInnenbeteiligung einzuwenden. Foglar: „ÖGB und Gewerkschaften arbeiten auch konstant daran, die betriebliche Mitbestimmung auszubauen.“

## Bildungsabschluss:

### Anerkennung

Mehr MigrantInnen als bisher lassen Bildungsabschlüsse anerkennen. Das im März gestartete Programm zur verbesserten Berufsankennung von AkademikerInnen aus Nicht-EU-Staaten scheint zu wirken: Laut einer ersten Zwischenbilanz ist die Zahl gestiegen. Konkret ist die Zahl der Bestätigungen von Diplomen im ersten Halbjahr 2012 mit 120 fast doppelt so hoch wie im gesamten Jahr 2011 (65). Auch bei der telefonischen bzw. Mail-Beratungen ist ein Anstieg zu verzeichnen.

## Fair zahlen – mehr zahlen: Mehr Einnahmen für den Sozialstaat

Wir können uns den Sozialstaat leisten! Um ihn gerecht zu finanzieren, müssen die Reichen mehr beitragen. Laut AK- und ÖGB-Berechnungen könnten pro Jahr vier Milliarden Euro mehr ins Budget fließen, würden die Vermögenssteuern auf EU-Niveau angehoben werden. Im EU-Schnitt tragen Vermögende 5,4 Prozent des Steueraufkommens, in Österreich sind es nur 1,4 Prozent. Mehr Vermögenssteuern wären ein gerechter Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaats. Zur langfristigen Absicherung des Sozialstaates fordert der ÖGB eine faire Finanzierung, vor allem durch die Vermögenden:

- Anhebung der Vermögensbesteuerung auf EU-Niveau,
- Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer,
- Schluss mit Sonderentlastungen für Unternehmen und Beseitigung der Schiefege zugunsten der ArbeitnehmerInnen,
- strenge und effektive Aufsicht über den Finanzsektor,
- Wertpapierkauf darf nicht als Investition steuerlich begünstigt werden,
- höhere Nettoersatzrate im Arbeitslosengeld,
- keine Anrechnung des PartnerInnen-Einkommens bei der Notstandshilfe.

[www.oegb.at/sozialstaat](http://www.oegb.at/sozialstaat)

# Fair im Herbst

Schwerpunkt Sozialstaat im Herbst: Aktionstag 19. September.

**FAIRBESSERN.** „Sozialstaat fairbessern“ hieß es in den vergangenen Monaten quer durch Österreich. Mit dem Schwerpunkt erinnern ÖGB und Gewerkschaften an die konkreten Leistungen des Sozialstaates: Weit über die Gesundheitsversorgung, Arbeitslosengeld oder Pensionen hinaus sorgt dieser für ein funktionierendes Leben.

## Sozialstaat nicht schuld

„Der Sozialstaat ist mehr als ein Suppenküchenstaat“, stellt ÖGB-Volkswirt Georg Kovarik fest. Der Sozialstaat ist ein produktiver Faktor, sorgt für sozialen Frieden, für ein gewisses Maß an Umverteilung von oben nach unten und vieles mehr.

Überall stehen sozialstaatliche Leistungen unter Druck. Gehälter, Pensionen, Sozialleistungen fallen in vielen Staaten Europas dem Rotstift zum Opfer. „Die Sozialstaaten sind ganz bestimmt nicht schuld an den



gestiegenen Schulden, sollen aber nun auf Drängen der Finanzmarktfeischisten zurechtgestutzt werden, damit die selbst

verschont werden“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Es waren unreguliert, liberalisierte Finanzmärkte, politische Fehl-

## »Der Sozialstaat ist kein Suppenküchenstaat.«

Georg Kovarik, ÖGB-Volkswirt

entscheidungen, Gier und Spekulation, die uns in der derzeitigen Lage gebracht haben.“

## Märchen

Nach einem bundesweiten Auftakt mit einem Aktionstag am 12. April und den Regional- und Landeskonferenzen des ÖGB im ersten Halbjahr 2012 beginnt im Herbst die nächste Phase: Ein weiterer großer Ak-

tionstag unter dem Motto „54 Regionen – 1 Tag – 54 Aktionen“ am 19. September, Veranstaltungen, ein Märchenbuch, Medienaktivitäten und vieles mehr sind geplant. Wichtige Informationen, Hintergrundmaterial, Downloads, alle Termine etc. gibt es laufend unter [www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at) und [www.oegb.at](http://www.oegb.at)

## Adressänderungen:

Tel. 01/534 44-39100

Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,  
Freitag 8–13 Uhr.

Oder unter: [www.oegb.at](http://www.oegb.at)



## Atypische Beschäftigung: Mehr Frauen

Die Hälfte der Frauen arbeitet Teilzeit, geringfügig, in Leiharbeit oder mit einem freien Dienstvertrag. Hingegen haben laut Statistik Austria nur 14 Prozent der erwerbstätigen Männer keine unbefristete Vollzeitstellung. Insgesamt gesehen ist etwa ein Drittel (31 Prozent) der unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich atypisch beschäftigt. Zwischen 2008 und 2011 stieg die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten um 46.000, zugleich sank jene der Normalarbeitsverhältnisse um 51.000.

## Bonus-Malus-System: Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen – inklusive SchulungsteilnehmerInnen – stieg gegenüber dem Juli des Vorjahres um 8,7 Prozent auf 285.899 Personen. Die Arbeitslosigkeit der über 50-Jährigen stieg um 13,2 Prozent, jene von Menschen mit Behinderung um 18,7 Prozent. Es sei an der Zeit, das Bonus-Malus-System einzuführen, auf das sich die Sozialpartner schon vor längerem „prinzipiell“ geeinigt hätten, sagt ÖGB-Arbeitsmarktsprecher und vda-Vorsitzender Rudolf Kaske. „Unternehmen, die keine oder zu wenige ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigen, sollen einen Malus zahlen; Firmen, die überdurchschnittlich viele Ältere beschäftigen und sich um eine altersgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze kümmern, dafür mit einem Bonus belohnt werden“, sagt Kaske.

## KV-Aufspaltung: Metaller

Geht es nach dem Willen einiger Arbeitgeber steht der Kollektivvertrag Metallindustrie und Bergbau vor der Zerstörung. Die rund 180.000 Beschäftigten sollen im Herbst in Kleingruppen aufgespalten werden. Mit einer rund 40-jährigen erfolgreichen Sozialpartnerschaft wird damit mutwillig gebrochen. „Wir rufen die Arbeitgeber zur Vernunft auf, und dazu, gemeinsam an den Verhandlungstisch zurückzukehren“, sagten Rainer Wimmer (PRO-GE) und Karl Proyer (GPA-djp) bei einem Präsidiumstreffen der beiden Gewerkschaften. [www.facebook.com/MetallerKV](http://www.facebook.com/MetallerKV)

# Darf's a bisserl mehr sein?

Unterschiedliche Gehaltsvorstellungen: Wer mehr fordert, wird besser bezahlt.

**Nachteile für Frauen.** Manche Firmen machen es sich leicht: Andrea S. wollte für einen Job als Grafikerin ein deutlich niedrigeres Monatsgehalt als ein männlicher Bewerber. Beide wurden eingestellt, beide erhielten ihr Wunscheinkommen. Frau S. verdiente daher trotz gleichwertiger Tätigkeiten monatlich um 700 Euro weniger als ihr Kollege. Das ist unzulässig, entschied der Oberste Gerichtshof bereits vor einigen Jahren. Unterschiedliche Gehaltsvorstellungen dürfen nicht zu ungleicher Bezahlung führen.

## Frauen verlieren

Fehlende Informationen und bescheidene Entgeltforderungen tragen dennoch dazu bei, dass Frauen oft nicht ihrer Qualifikation entsprechend bezahlt werden. Manchmal liegt es auch daran, dass Frauen – bewusst oder unbewusst – anders als Männer behandelt werden. „Unsere Erfahrungen zeigen, dass Frauen oft keine Vordienstezeiten angerechnet bekommen oder geringere Zulagen als Männer erhalten“, sagt die ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende Brigitte Ruprecht. Nicht nur das erweist sich für Frauen oft als „Einkommensfalle“. Frauen „verlieren“ Geld beim Berufsstart, durch die Babypause, durch Teilzeitarbeit und haben allgemein geringere Karrierechancen.



Equal Pay Day ist der Tag der Abrechnung.

Im Großen und Ganzen verdienen Frauen in Österreich für die gleiche Arbeit durchschnittlich 23,7 Prozent weniger als Männer – das ist einer der schlechtesten Werte in der EU. In Tagen gerechnet bedeutet der Einkommensunterschied, dass Männer am 6. Oktober (Equal Pay Day) bereits jenes Einkommen erreicht haben, wofür Frauen noch bis zum 31. Dezember arbeiten müssen. Statistisch gesehen bleiben 87 Tage des Jahres für Frauen „unbezahlt“.

## Richtig verhandeln wichtig

Damit Frauen im Vorfeld von Gehaltsverhandlungen wissen, was sie zumindest erwarten können, haben die ÖGB-Frauen im vergangenen Jahr die Angabe des Mindesteinkommens in Jobinseraten durchgesetzt. „Damit gibt es für Frauen eine Hürde weniger, wenn es darum geht, gleich gut wie Männer bezahlt zu werden“, sagt Ruprecht. Das ausgeschriebene Einkommen dient aber nur zur Orientierung: Prämien oder sonstige Zusatzleistungen müssen im Inserat nicht angegeben werden. Aus diesem Grund gilt nach wie vor: Wer richtig verhandelt, wird besser bezahlt. Die ÖGB-Frauen haben daher viele Tipps rund um Einkommensverhandlungen zusammengestellt.

[www.oegb.at/frauen](http://www.oegb.at/frauen)

Katja Dämmrich

# Zeit, Zeichen zu setzen

Problemfeld Arbeitskräfteüberlassung: Vieles gehört verbessert, Regierung muss handeln.

**Nicht gleichgestellt.** Österreich gilt als Vorzeigeland in Sachen Arbeitskräfteüberlassung. Aber LeiharbeiterInnen sind gegenüber „Normalbeschäftigten“ trotz guter Löhne schlechter gestellt, meint René Schindler, Bundessekretär der Gewerkschaft PRO-GE. Nicht einmal

die Hälfte kommt auf eine durchgängige Beschäftigungsdauer von über einem Jahr.

## Armutsgefährdet

Durch häufige und unvorhersehbare Zeiten der Arbeitslosigkeit liegt die Armutsgefährdung bei LeiharbeiterInnen deutlich

über dem Durchschnitt. Auch die körperliche Sicherheit der LeiharbeiterInnen ist besonders gefährdet, Expertinnen und Experten attestieren ein vier- bis fünfmal höheres Unfallrisiko. LeiharbeiterInnen sind immer wieder mit neuen Arbeitssituationen und Gefahren konfrontiert und erfahren meist vor einem Einsatz nichts darüber. Anstatt der fehlenden Routine mit intensiven Sicherheitsunterweisungen entgegenzuwirken, bleiben diese bei Leiharbeit oft auf ein Minimum beschränkt.

## Theorie und Praxis

Einzigartig in Europa schützt in Österreich seit 2002 ein eigener Kollektivvertrag (KV) die Rechte der LeiharbeiterInnen. Die Einhaltung ist in der Praxis jedoch nicht immer selbstverständlich. Bei Dienstzetteln und Überlassungsmitteln werden wesentliche Informati-

onen wie z. B. die KV-Einstufung gerne ausgelassen, eine Überprüfung der Einhaltung des KV wird damit behindert. Dabei haben es LeiharbeiterInnen ohnehin schwerer, sich zur Wehr zu setzen. Eine Überlassung kann schnell und umstandslos beendet werden, fast immer geht damit das Ende der Beschäftigung einher. Auch gegen Diskriminierungen sind LeiharbeiterInnen schlechter geschützt.

## Gunst der Stunde nutzen!

Die überfällige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Leiharbeit eröffnet die große Chance, diese Problemfelder wirksam zu bekämpfen. Ein von der Produktionsgewerkschaft und der Wirtschaftskammer gemeinsam erarbeiteter Vorschlag scheiterte allerdings am Widerstand einzelner Arbeitgeber. Jetzt liegt es an der Regierung, ein Zeichen zu setzen.





Richtige Arbeitskleidung und Sonnencreme schützen vor gefährlichen Hauterkrankungen.

© OGB/Thomas Reimer

# Hitze erschwert die Arbeit

Bau-Beschäftigte sind in den heißen Sommermonaten extremen Arbeitsbelastungen ausgesetzt.

**Brennheiß.** Der langersehnte Sommer – endlich ist er da. Mit strahlend blauem Himmel und Temperaturen über der 30-Grad-Marke. Wer freut sich da nicht und möchte nicht am liebsten jede freie Minute in der Sonne, im Freibad verbringen. Doch für viele sind die hohen Temperaturen und die direkte Sonneneinstrahlung auch gefährlich – vor allem für Bauarbeiter, die selten viele Möglichkeiten haben, in den Schatten oder klimatisierte Räume zu flüchten. Sie sind

den ganzen Tag über extremer Hitze ausgesetzt und müssen auch noch zusätzlich körperlich schwerste Arbeiten verrichten.

## Lokalausgleich

PORR-Baustelle in Wien-Penzing: Etwa 70 Bauarbeiter sind an der Entstehung eines neuen Wohnhauses beteiligt. Die Wetterfrösche hatten über 32 Grad angekündigt, in der prallen Sonne dürften es einige Grad mehr gewesen sein. Ausgestattet mit Sicherheitskleidung, festen

Schuhen und Schutzhelmen heben und tragen die Arbeiter schwere Lasten. Ohne Handschuhe fassen Eisenbieger das Eisen nicht an – es ist brennheiß. Aber von der Hitze lassen sich die Arbeiter nicht ihre Laune vermiesen. Ein wenig Zeit fürs Scherzen muss sein, sonst ertragen wir diese Temperaturen nicht, lautet der einstimmige Tenor. Kurz, knapp und eindeutig ist jedoch die Antwort der schwitzenden Bauarbeiter auf die Frage,

wie sie das Arbeiten an solchen Tagen aushalten: schwer.

## Sonnenschutz

Die Gewerkschaft Bau-Holz führt auch dieses Jahr eine Sonnenschutz-Aktion durch. Sie informiert die Bau-Beschäftigten vor Ort mit Flyern und Plakaten über die notwendigen Schutzmaßnahmen und sensibilisiert sie dafür. Ein großes Anliegen dabei ist die Information der Lehrlinge. Denn vor allem BerufseinsteigerInnen sind sich oft nicht über die großen Risiken im Klaren. Dass zu viel Sonne nicht nur zu Sonnenbrand, sondern auch zu bösen Hauterkrankungen führen kann, dessen sind sich viele Bau-



organisation bei solchen Hitze-graden anders zu planen, fangen früher an, hören früher auf“, erzählt Vorarbeiter Basic Sabahudin. Dass die Männer öfter kurze Pausen machen und in

Schutzausrüstung wie Sicherheitsschuhe und Helme“, erzählt Bauführer Norbert Binder.

## Gesund in die Pension

Ob bei Tropenhitze oder Kälte – unter extremen Bedingungen machen Bauarbeiter ihren täglichen Job. „Schwer arbeitende Menschen sind ab dem 50. Lebensjahr körperlich schon oft so kaputt, dass sie in die Frühpension fliehen müssen“, ärgert sich Josef Muchitsch, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, über Forderungen nach höheren Abschlägen bei Frühpensionen und Arbeiten bis 67. „Das ist eine Verhöhnung aller schwer arbeitenden Menschen, und wir laden alle selbsternannten Experten ein, nur einen Tag auf einer Baustelle zu arbeiten. Ich bin mir sicher, dann wären diese Forderungen endlich vom Tisch“, fügt er hinzu.



arbeiter gar nicht bewusst. Gerade am Bau spricht man von „harten Kerlen“, die es von den Gefahren der direkten Sonneneinstrahlung zu überzeugen gilt. „Wir versuchen unsere Arbeits-

den Schatten flüchten, das unterstützt auch der Arbeitgeber. „Wir stellen täglich reichlich Trinkwasser zur Verfügung und Sonnenschutzmittel, denn das gehört genauso zur täglichen



# „Arbeit sichtbar machen“

Auszeichnung für die beste betriebsrätliche Kommunikation (bbk) wurde verliehen.

**Award.** Auch im Jahr 2012 wurden die besten Kommunikationsideen und -lösungen in kleinen, mittleren und großen Betrieben in Wien gesucht. Die teilnehmenden Betriebsratskörperschaften sollten deren Weg von der Ausgangssituation bis zum Ziel beschreiben. Gab es Schwierigkeiten bei der Gründung des Betriebsrats, mit welchen Methoden sollte die Kommunikation verbessert werden und was hat sich in der Zwischenzeit konkret geän-

dert? Die Beantwortung unter anderem dieser Fragen sollte nicht nur bei der Anmeldung zur bbk12 geschehen, sondern allen anderen Betriebsrätinnen und -räten mit guten Beispielen weiterhelfen.

## KollegInnen informieren

Rasche, von den Kolleginnen und Kollegen mitgetragene Problemlösungen sind Alltag für ArbeitnehmervertreterInnen. Sich zusammenreden, abstimmen und schließlich ar-



© Markus Zahradnik

gumentieren, um andere ins Boot zu holen oder auch das Gegenüber in der Konfrontation zu überzeugen: All das bedeutet letztlich Kommunikation in sozialen Netzwerken – seien es reale Beziehungen oder virtuelle soziale Medien. „Unser Hauptinstrument ist die Homepage. Ergänzend kommen eine Facebook-Gruppe und ein Newsletter zum Einsatz. Diese sollen das Interesse wecken. Die Kolleginnen und Kollegen sollen über laufende Aktivitäten des Betriebsrats informiert werden. Wir haben auch einen Blog eingerichtet, der die Betriebsratsarbeit sichtbar macht. So werden zum Beispiel Berichte mit Fotos von diversen Schulungen online gestellt“, erzählt Michael Pewetz, Betriebsratsvorsitzender der Raiffeisen Beratung direkt GmbH.

Sehr erfreut zeigt sich Pewetz vor allem darüber, dass die Homepage das persönliche Gespräch nicht ersetzt, sondern eher verstärkt. „Kolleginnen



© Markus Zahradnik

und Kollegen lesen Beiträge und kommen dann zu uns, um genauere Informationen zu erhalten oder sie unterhalten sich untereinander“, erzählt der Betriebsratsvorsitzende.

## Transparente Kommunikation

Betriebsratszeitung, Rundmails und das Intranet: Ohne all diese Kommunikationsmittel geht es in einem großen Unternehmen wie der Firma MAN, die in Österreich 4.500 MitarbeiterInnen beschäftigt, nicht. „Auf diese Art informieren wir unsere Kolleginnen und Kollegen über wichtige Änderungen und legen besonders großen Wert darauf, dass sie in Entscheidungsprozesse eingebunden sind.

Ich halte es mit der Kommunikation nach dem Motto ‚dynamisch, einfach und vielschichtig‘ und denke, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind“, erzählt Sylvia Anna Youssef, Betriebsratsvorsitzende der Firma MAN.



„Gesund werden muss ich noch selbst. Den Rest erledigt meine Versicherung.“

Die Unfallvorsorge PREMIUM hilft Ihnen, den finanziellen Schaden nach einem Unfall zu lindern. Nähere Infos unter 050 350 350, auf [www.wienerstaedtische.at](http://www.wienerstaedtische.at) oder bei Ihrem Berater.

**IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN**

**WIENER STÄDTISCHE**  
VIENNA INSURANCE GROUP

„Ich muss doch wissen, was passiert. Kann mich doch nicht nur vom Fernseher lenken lassen“, sagt Rosemarie Zavadil.



© Walter Schreiner

## Mitsammen reden

Zwei Generationen wissen, wofür sie kämpfen und dass Gespräche niemals sinnlos sind.

**Viele Tätigkeiten.** Mit 71 Jahren hat Rosemarie Zavadil viel geleistet, war Hausbesorgerin, Ruderclub-Platzwartin und zeitweise Chauffeurin – Gatte

triensrat wurde das PRO-GE-Mitglied 1986 gewählt. Alfred Zavadil: „Ich sagte Rosemarie, dass sie sicher was durchsetzt für die Leute.“

im OGB Landes- und Bundes-Pensionistenausschuss. „Ich muss wissen, was passiert. Ich kann mich doch nicht vom Fernseher lenken lassen.“ Alfred Zavadil nimmt die Emsigkeit seiner Frau gelassen: „Sie hat mir immer viel von der Betriebsratsarbeit erzählt. Es hat uns zwar viel gemeinsame Zeit gekostet, aber sie konnte den Leuten helfen.“ Was Rosemarie Zavadil verstimmt: „Heute hört kein Politiker mehr zu, sie können nicht mehr mitsammen reden.“

im Betrieb, weiß Daniel die Wogen zu glätten. Daheim hilft er seiner Mutter und den sechs Geschwistern zwischen 19 und vier Jahren. „Auch die Gewerkschaft ist wie eine Familie für mich. Durch sie bin ich viel weltoffener geworden.“ Kommenden Jänner wird Daniels Traum von einer eigenen Wohnung wahr, und für den



© Walter Schreiner

Alfred, gelernter Kunsttischler, bestritt sein Einkommen mit dem Taxi. Den zweiten Bildungsweg konnte die Dreifachmutter nicht beenden: „Doch im dritten Wiener Bezirk hat Siemens Leute gesucht.

Besonders die Umstellung auf Computer-Verrechnung kostete Schweißperlen. „Beim Akkord zählt eine halbe Sekunde. Weil nicht alles im Computer eingetragen war, fehlte vielen Leuten Geld. Aber wir haben gut mit den Oberen können.“ Freilich bekamen die ArbeiterInnen ihren Lohn. „Wenn alle mitsammen reden, erreicht man viel mehr“, weiß Zavadil. Auch privat hat sie es so gehalten: „Bei unserem wöchentlichen Streittag sind wir zusammengesessen und haben gesagt, was uns nervt.“

### Jung und engagiert

Zu einer anderen Generation gehört Daniel Horvath, 21 Jahre alt, doch er ist nicht minder kämpferisch. Demnächst im dritten Lehrjahr als Elektroniker bei Siemens, hat er auch eine Koch- und Kellerlehre absolviert. Von Geburt an schwerhörig, durchlief Daniel eine integrative Ausbildung und stieg schnell zum Gruppensprecher und Jugendvertrauensrat in der PRO-GE auf: „Ich engagiere mich einfach gerne, fahre zu vielen Seminaren und bin auch meine Schüchternheit losgeworden.“ Wenn es Streit gibt



Daniel Horvath (21)

© Sophia Fielhauer

Führerschein hat er jetzt auch genug gespart. Stolz ist Daniel auf seine Ausbildung und er will „dafür kämpfen, dass jeder Mensch eine Jobchance bekommt“.

Sophia Fielhauer-Resel



Rosemarie Zavadil (71)

© Walter Schreiner

Nur ans Fließband wollte ich nicht, sondern mit dem Kopf arbeiten.“ Zavadil lernte Reparateurin, werkte ab 1980 in der Materialprüfung: „Ich habe die Telefone bei Problemen richtig verlötet.“ In den Be-

### Immer top informiert

Zavadils Söhne haben KFZ-Mechaniker bei der Post gelernt, die Tochter war bei Siemens und engagiert sich heute für Biobauern, die zwei Enkel-söhne, 16 und 21 Jahre, bemühen sich gerade um Lehre und Job. Sie ist der Tradition verbunden: Auf der Kommode steht immer noch ein rotes Tastentelefon der Post und Rosemarie Zavadil wirkt weiterhin



© Sophia Fielhauer

### Bildungskarenz:

## Für alle

Freizeit für Fortbildung muss für mehr Menschen möglich und leistbar sein. Damit auch ArbeitnehmerInnen mit geringer Qualifikation und niedrigerem Einkommen in Bildungskarenz gehen können, muss es eine Erhöhung des Weiterbildungsgeldes und eine Förderung der Ausbildungskosten geben, fordert der ÖGB. Außerdem notwendig: Kündigungsschutz während der Bildungskarenz sowie ein Rechtsanspruch, denn sonst ist wieder nur vom Arbeitgeber abhängig, wer sich weiterbilden darf und wer nicht.

### Pendlerpauschale:

## Mehr Geld

„Die hohen Benzinpreise sind eine heftige Belastung für Menschen, die täglich zig Kilometer fahren müssen, um an ihren Arbeitsplatz zu kommen. Das Reformziel lautet: Mehr Geld für jene ArbeitnehmerInnen, die es tatsächlich brauchen“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, zur aktuellen Diskussion über die Pendlerpauschale. Der ÖGB fordert, die Pendlerpauschale so zu gestalten, dass diejenigen, die mit den Öffis zum Arbeitsplatz fahren, mehr bekommen – unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. „Davon profitieren die PendlerInnen, es nützt aber auch der Umwelt“, so Achitz.

### Erreichbarkeit:

## Besser mit BR

Immer mehr Beschäftigte sind rund um die Uhr erreichbar. Die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit verschwimmen. Laut einer deutschen Studie sind 88 Prozent der ArbeitnehmerInnen auch außerhalb ihrer Arbeitszeit für KundInnen, KollegInnen und Vorgesetzte erreichbar. Nur 15 Prozent geben an, ausschließlich in Ausnahmefällen erreichbar zu sein. Klare Regeln gibt es nicht. Besser haben es jene, die in einer Firma mit Betriebsrat arbeiten. Denn der kann eine Betriebsvereinbarung aushandeln, in der geregelt ist, wer wann erreichbar sein muss.

[www.mitgliederservice.at](http://www.mitgliederservice.at)

Es zahlt sich aus, um seine Rechte zu kämpfen: Junger Frisör bekommt seine Ansprüche ausbezahlt.



# Unfaire Methoden

Gewerkschaft vida bekämpft erfolgreich die ungerechtfertigte Entlassung eines jungen Arbeitnehmers.

**Rechtsfall.** Seit September 2009 war Kevin bei einem Friseurunternehmen, das mehrere Filialen in Wien hat, als Lehrling beschäftigt und absolvierte im Oktober 2011 erfolgreich seine Lehrabschlussprüfung. Unmittelbar darauf begannen die Unstimmigkeiten in der Firma.

## Entlassung im Krankenstand

Kevin erkrankte nach dem ganzen Prüfungsstress und nahm sich vorerst nur einen Tag Zeit ausgleich. Noch bevor sich der Jugendliche am nächsten Tag

beim Arzt krankschreiben lassen konnte, erhielt er – drei Tage (!) nach der erfolgreich bestandenen Prüfung – per Telefon eine Kurzmitteilung von der Managerin der Filiale. Darin teilte sie ihm mit, dass er am nächsten Tag seine Kündigung in der Filiale abholen könne. Der ausgebildete Friseurlehrling folgte dieser Aufforderung und erschien. Wichtig war es Kevin, dass die Lösung des Lehrverhältnisses im Guten erfolgte. Der Versuch, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen, schei-

terte jedoch, weshalb Kevin die Filiale wieder verließ. Diese Gelegenheit nutzte der Arbeitgeber und interpretierte das Verlassen der Filiale als Entlassungsgrund, obwohl Kevin seine Erkrankung mitgeteilt hatte.

## Gewerkschaft interveniert

Der Arbeitgeber meldete den ausgelerten Lehrling bei der Sozialversicherung mit dem unrichtigen Abmeldegrund „gerechtfertigte Entlassung“ ab. Da die Entlassung keineswegs gerechtfertigt war, wandte sich

Kevin sofort an die Gewerkschaft. Die Rechtsexpertin der Gewerkschaft vida, Canan Aytekin, forderte den Arbeitgeber auf, die Entlassung zurückzuziehen sowie die Ansprüche von Kevin ordnungsgemäß abzurechnen und auszuzahlen. Darauf reagierte der Arbeitgeber jedoch mit weiteren unrichtigen Vorwürfen und Unterstellungen gegen den ausgelerten Lehrling, und er war nicht bereit, angesichts der Intervention der Gewerkschaft die Entlassung zurückzuziehen. Die

Rechtsexpertin machte deshalb sämtliche Ansprüche des ausgelerten Frisörlehrlings aufgrund der ungerechtfertigten Entlassung mittels Klage beim Arbeits- und Sozialgericht Wien geltend.

## Es lohnt sich

Der Zahlungsbefehl wurde rechtskräftig. Somit bekommt der junge Arbeitnehmer all seine Ansprüche, die ihm durch die unrichtigen Beendigung zustanden, ausbezahlt – immerhin 3.690,18 Euro brutto.

## MITTEN IM LEBEN IMMER AN IHRER SEITE.



### Gut, wenn man sich auf jemand verlassen kann.

Jemand, der weiß, wie das Leben so spielt. Jemand, der auf die Menschen eingehen kann und ihre Sichtweise versteht. Und jemand, der in privaten und kommerziellen Finanzangelegenheiten Vorschläge liefert, die Stabilität und Sicherheit geben.

Mitten im Leben. Mitten im Business.  
[www.bawagpsk.com](http://www.bawagpsk.com)





# Neue Perspektiven

Evelyn Fischer, Focus 1-Projektleiterin, über schwierige Beschäftigungsverhältnisse.

**Solidarität:** Mit welchen Problemen haben freie DienstnehmerInnen, Neue Selbstständige oder Menschen mit Werkverträgen am häufigsten zu kämpfen, und wie können Sie im Rahmen von Focus 1 helfen?

**Evelyn Fischer:** Grundsätzlich sollen Personen unterstützt werden, die bisher nur geringe – oder keine – Möglichkeiten einer Wirtschaftsförderung oder einer klassischen ArbeitnehmerInnen-Förderung hatten. Gezielte Maßnahmen sollen nun ein ausreichendes Erwerbseinkommen schaffen und sichern. Ein-Personen-Unternehmen sind großteils sehr gut unterwegs, was ihre Dienstleistungen betrifft.

Oft mangelt es allerdings an unternehmerischem Know-how. Themen wie Finanzplanung, rechtliche Kenntnisse oder Marketing sind ohne Erfahrung schwer fasbar. So werden oft unnötige Risiken eingegangen oder leicht vermeidbare Fehler gemacht, die letztlich zu Problemen führen oder schlimmstenfalls viel Geld kosten können. Das Projekt Focus 1 hilft auch bei fragwürdigen Verträgen, übermäßiger Abhängigkeit von einem Auftraggeber und geringer sozialer Absicherung. Gemeinsam mit dem/der BeraterIn wird die individuelle Situation besprochen und ein Paket mit Maßnahmen geschnürt.



Gezielte Maßnahmen sollen ein ausreichendes Erwerbseinkommen sichern.

**Solidarität:** Welche Beratungen werden am häufigsten in Anspruch genommen?

**Evelyn Fischer:** Die TeilnehmerInnen können kostenlos eine Reihe von Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen, nämlich praxisnahe Weiterbildungen und Beratungen. Neben einer Basisberatung können

zusätzlich ExpertInnenberatungen genutzt werden. Die Expertinnen und Experten des ÖGB werden meistens bei Themen wie Selbstständigkeit versus Unselbstständigkeit, Absicherung im Alter und Vertragsprüfungen aufgesucht. Bei den betriebswirtschaftlichen Themen holen sich die TeilnehmerInnen vorwiegend Unterstützung zu

KundInnengewinnung, Marketing und Strategieentwicklung. Neben den Beratungen können die TeilnehmerInnen auch Seminare in sämtlichen relevanten Bereichen besuchen, wie Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation oder Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

**Solidarität:** Welche Branchen sind am stärksten vertreten?

**Evelyn Fischer:** Im Projekt Focus 1 sind sämtliche Branchen vertreten. Der Großteil der TeilnehmerInnen kommt aber aus dem Dienstleistungsbereich. Häufig vertreten sind Personen aus den Bereichen Gesundheit, Kunst und Kultur sowie Technik und EDV.

**Solidarität:** Werden die BeraterInnen eher von Frauen als von Männern kontaktiert?

**Evelyn Fischer:** Das Projekt fördert Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen individuell und kostenlos. Frauen sind bei prekären Beschäftigungsformen jedoch überrepräsentiert, weshalb einige Beratungsinhalte auf eine effektive Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen abzielen. Beispiele sind rechtliche Fragen bei Teilzeit-Selbstständigkeit und Teilzeit-Dienstverhältnissen, Vereinbarkeit von Kind und Beruf oder auch frauenspezifische Kommunikation. Das



Projektleiterin Evelyn Fischer.

bedeutet jedoch nicht, dass ausschließlich Frauen diese Beratungen nutzen können. Im Projekt Focus 1 beträgt der Frauenanteil 55 Prozent.

**Solidarität:** Was ist das Besondere am Projekt Focus 1?

**Evelyn Fischer:** Die individuellen Bedürfnisse der Personen, die wir beraten, stehen bei diesem Projekt im Mittelpunkt. Durch die auf den jeweiligen Einzelfall abgestimmten Beratungen sollen die TeilnehmerInnen neue Möglichkeiten erkennen und ihr Handlungsspielraum soll erhöht werden. Ihre Einkommenssituation soll sich langfristig verbessern. Das positive Feedback von TeilnehmerInnen, die von unserer Arbeit profitiert haben, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

## INFOKASTEN

Info-Telefon: 01/331 68-3000  
E-Mail: [focus1@oesb.at](mailto:focus1@oesb.at)  
Website: [www.focus1.at](http://www.focus1.at)  
Facebook: [www.facebook.com/Focus1](http://www.facebook.com/Focus1)

# Sport macht Spaß

Mit der Solidarität ein persönliches Treffen mit Topstars und VIP-Pakete gewinnen!

**Sport, Stars, Show, Spaß.** Einen ganzen Tag lang und noch dazu bei freiem Eintritt: Mit dem „Tag des Sports“ geht am 22. September auf dem Wiener Heldenplatz die zwölfte Auflage von Europas größtem Freiluft-Sportevent über die Bühne. Heuer unter dem Motto „Sport = Spaß“. Das heißt für Jung und Alt, rund 130 Sport- und Bewegungsangebote kennenlernen, die einfach Spaß machen. Hingehen, ausprobieren – egal, ob traditionelle Sportarten oder in der „Next Generation“-Area die aktuellsten Sporttrends, die auf dem besten Weg sind, alle zu begeistern.

## Starauflauf

Sport- und Tanzshows sowie Rock, Pop und als „Finale Grande“ das Live-Konzert von Andreas Gabalier zählen auf den zwei Hauptbühnen heuer ebenso zum tollen Programm



Traditionelles „Tag des Sports“-Highlight: Autogrammstunden mit Sportstars. Letztes Jahr etwa mit den Skispringern Martin Koch, Gregor Schlierenzauer und Thomas Morgenstern.

wie die traditionellen Ehrungen von Österreichs Topstars, die natürlich auch fleißig Autogramme schreiben. Riesenposter liegen gratis bereit, kostenlos ist auch die Teilnahme am Mach-Mit-Gewinnspiel, als dessen exklusiver Hauptpreis ein neuer Chevrolet Aveo winkt.

Ein ganz besonderer Preis erwartet zehn LeserInnen der „Solidarität“. Sie haben die einmalige Chance, am „Tag des Sports 2012“ ihr persönliches Erinnerungsbild mit einem Sportstar knipsen zu lassen sowie Autogramme zu sammeln. Und sie erhalten dazu auch noch ein

exklusives „Tag des Sports“-VIP-Paket, bestehend aus einem sportlichen T-Shirt, Schirm, Kappe und Kuli mit dem flotten „Tag des Sports“-Branding.

„12. Tag des Sports“, 22. September 2012, Wiener Heldenplatz, 10–19 Uhr, Eintritt frei. Weitere Infos unter: [www.tagdessports.at](http://www.tagdessports.at)

## Solidarität-Gewinnspiel-Frage:

Der „Tag des Sports“ findet heuer zum 12. Mal statt ...

- im Ernst Happel-Stadion
- auf dem Wr. Heldenplatz
- auf der Donauinsel

Die Antwort senden Sie bitte bis 6. September 2012 unter Angabe von Name, Adresse und Telefonnummer bzw. Mailadresse an [soli@oegb.at](mailto:soli@oegb.at). Die GewinnerInnen werden verständigt und über den Ablauf ihres Besuches am „Tag des Sports 2012“ informiert.

## Kultur:

### Theaterabos

Jetzt kommen KulturliebhaberInnen voll auf ihre Kosten. Für die Theatersaison 2012/2013 bietet der ÖGB Oberösterreich seinen Mitgliedern drei verschiedene Abonnements zum ermäßigten Preis im Linzer Landestheater und ab Mai 2013 schon im neuen Musiktheater am Volksgarten. Nach jeder Vorstellung laden der ÖGB Oberösterreich und das Landestheater zu einem KünstlerInnengespräch mit SchauspielerInnen, Regie und Theaterleitung in einem gemütlichen Ambiente. Mehr Informationen finden Sie auf der Homepage des ÖGB Oberösterreich unter dem Menüpunkt „Veranstaltungen und Seminare“. Bestellungen werden direkt beim Landestheater Linz unter Telefon 0800/21 80 00-4 entgegen genommen.

# Globalisierungsfisch

Als Stockfisch hat er ermöglicht, Kontinente zu entdecken und Länder zu erobern. Heute ist der Kabeljau bedroht.

»Ich werde einige Worte auf einen trocknen Stockfisch schreiben; Papier habe ich nicht.« Hans Christian Andersen, „Die Schneekönigin“

**Haltbar.** Das Fischstäbchen kam 1959 in England auf den Markt. Die Ölsardine in der Blechdose wurde kurz vor 1900 in Kanada erfunden. Aber davor – da musste man zum Stockfisch greifen, wenn man gerade keinen frischen Fisch aus dem Wasser ziehen konnte. Dafür werden Kabeljaue, manchmal auch Schollen, eingeweide- und kopf-

los paarweise an den Schwanzflossen zusammengebunden und Wind und Sonne zum Trocknen ausgesetzt. Das macht sie haltbar.

Der Stockfisch war das „Beefsteak des Seemanns“, und ohne ihn (und das Sauerkraut, das die Matrosen mit Vitamin C vor dem tödlichen Skorbut bewahrte) wäre die Weltgeschichte



© Frauke Scholz/United Archives/picturestock.com

## Vorsorge und Abfertigung

Auf lange Sicht

# besser



CREATIVWERK

**Sicher.** – Die Abfertigung Alt gab es früher nur für rund 15% der beendeten Dienstverhältnisse. Die Übertragung „alter“ Ansprüche in das neue System ist daher sinnvoll. In diesem Fall steht Ihnen die Abfertigung bei jeder Art der Beendigung zu. Arbeiter und Angestellte können individuell und einvernehmlich ihre alten Abfertigungsansprüche in das neue System übertragen.

Österreichs führende Vorsorgekasse berät sie gerne!



[www.vorsorgekasse.at](http://www.vorsorgekasse.at)



Für acht Fonds:



Obere Donaustr. 49-53 | 1020 Wien | Tel.: 01 217 01-8500  
Fax: 01 217 01-78260 | E-Mail: [info@vorsorgekasse.at](mailto:info@vorsorgekasse.at)

wahrscheinlich anders verlaufen. Entdecker-, Handels- und Kriegsschiffe – sie alle setzten auf den Stockfisch, um ihre Besatzungen unverderblich zu ernähren. In Norwegen (tørrfisk), woher der meiste Stockfisch stammt, aber auch in Island wird er trocken oder mit Butter als Snack genascht, in den zahlreichen anderen Teilen der Welt, in die er per Schiff gelangt ist, wird der beim Trocknen verlorene Wasseranteil wieder hinzugefügt: durch zweitägiges Wässern.

### Bacalao, Stoccafisso, Tørrfisk

Längst ist der Stockfisch auch im Süden zu Hause, vor allem in Spanien (bacalao) und Portugal (bacalhau), von dort gelangte er auch in die brasilianische Küche. An der dalmatinischen Küste (bakalar) isst man ihn mit Olivenöl und viel Knoblauch püriert, in Italien (stoccafisso) zum Beispiel mit Sardellen, Milch und Käse im Rohr gebacken: Gewässerten, gehäuteten, entgräteten und bemehlten Stockfisch in eine Form legen, Zwiebel, Knoblauch und Sardellenfilets anschwitzen und über den Fisch geben. Petersilie und reifen Käse hinzufügen, entweder Parmesan oder echt friulanisch: Montasio. Mit Milch übergießen und mindestens zwei Stunden bei niedriger Temperatur im Rohr braten oder auf kleiner Flamme schmoren. Dazu Polenta.

Der Stockfisch hat die frühe Globalisierung vorangetrieben – nun scheint er der Industrialisierung zum Opfer zu fallen. Denn der Kabeljau, einst billig und einer der meistverbreiteten Fische, ist mittlerweile vom Aussterben bedroht. Weil man daraus nicht nur Stockfisch, sondern auch Fischstäbchen macht.

Florian Kräffner

### WEBTIPP

Auf [www.tobiaskocht.com](http://www.tobiaskocht.com), mediterraner Kochblog mit Griechenland-Schwerpunkt, wird Bakalarios Plaki mit Kartoffeln, Tomaten und Oregano gebacken.

ÖGB fordert zusätzliches Jahr der Ausbildungspflicht für jene, die nach ihrer Pflichtschulzeit keine weiterführende Ausbildung machen.



© ÖGB/Thomas Reimer

## Lob für Lehrstellensystem

Nachbesserungen angesichts vieler AbbrecherInnen und mangelnder Fachkräfte in Zukunft nötig.

**Ausbildung.** Einen Lehrberuf zu lernen sollte in Zukunft attraktiver werden. Die EU-Kommission lobte in einer Studie das Lehrstellensystem als nützlich, forderte aber auch Verbesserungen. Denn in den Ländern, in denen es die betriebliche und schulische Ausbildung gibt, sind weniger Jugendliche arbeitslos.

### Österreich als Beispiel

Am stärksten ausgeprägt ist die Lehre in Österreich und Deutschland, zu finden ist sie auch in den Niederlanden, in Frankreich und Slowenien. Das System stellt in der EU aber die Ausnahme dar. In Österreich und Deutschland liegt die Jugendarbeitslosigkeit zwischen acht und zehn Prozent, im EU-

Schnitt bei mehr als 22 Prozent, in Griechenland, Spanien und Südtalien sind sogar mehr als die Hälfte der 14- bis 24-Jährigen betroffen. Österreich gilt als Best-Practice-Beispiel mit der betrieblichen Lehre und der „Ausbildungsgarantie“. Letztere stellt den SchulabgängerInnen innerhalb von sechs Monaten eine Lehrstelle in Aussicht. Gibt es keine in einem ordentlichen Betrieb, wird eine Stelle in einer Lehrwerkstätte zugeteilt.

### Nachbesserungen notwendig

Solche „Jugendgarantien“ will die EU-Kommission allen Mitgliedsstaaten als Teil eines Maßnahmenpakets empfehlen. „Es muss aber auch sichergestellt werden, dass Jugendliche nach

dieser Ausbildung ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis finden“, so Sozialkommissar László Andor. So ein Ausbildungsprogramm lässt sich jedoch nicht einfach kopieren. In Großbritannien etwa wurden offene Stellen einfach als Lehrstellen deklariert, allerdings oft in Supermärkten, wo Lehrlinge nur Regale einräumen. Sie sind billige Arbeitskräfte, die sich die großen Betriebe vom Staat subventionieren lassen. Genau davon warnt die EU-Kommission. Nachbesserungen sind ebenso in Österreich notwendig. Einerseits schließen 15 Prozent ihre Lehre nicht ab, 17 Prozent haben nur einen Pflichtschulabschluss, andererseits sinkt die Zahl der Ausbildungsbetriebe. Unterneh-

merInnen beklagen das gesunkene Niveau der Jugendlichen.

### Prognosen

Durch den Anstieg an Pensionierungen bis 2025 zeichnet sich ein eklatanter Fachkräftemangel ab. Und aufgrund des stärkeren Wettbewerbs mit den weiterführenden Schulen stehe das Modell der Lehre zunehmend unter Druck, ist sich Wirtschaftsminister Rudolf Mitterlehner bewusst. Vorgeschlagen wurde etwa, Berufsorientierung als Unterrichtsfach einzuführen oder ein zehntes Pflichtschuljahr für jene Jugendlichen, die keine weiterführende Ausbildung nach ihrer Pflichtschulzeit machen.

Heike Hausensteiner

### Euroländer:

## Viele ohne Job

Die Arbeitslosigkeit in den Euro-Ländern bleibt weiter auf Rekordniveau. Nach Angaben des EU-Statistikamtes Eurostat waren im Juni 17,8 Millionen Menschen im Euroraum ohne Job. Die Arbeitslosenrate lag bei 11,2 Prozent. Das sind die höchste Anzahl und die höchste Rate seit der Euro-Einführung. Österreich verzeichnete mit 4,5 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU, musste aber gegenüber Mai (4,2 Prozent) einen Anstieg hinnehmen. Die höchsten Raten meldeten Spanien (24,8 Prozent) und Griechenland (22,5 Prozent).

### Frankreich:

## Vorreiter

Weil es in der EU keine Einigung gibt, prescht nun Frankreich mit eigener Finanztransaktionssteuer vor. Die Abgabe in der Höhe von 0,2 Prozent muss auf Geschäfte mit Papieren von Unternehmen gezahlt werden, die ihren Hauptsitz in Frankreich haben. Die Einführung der Steuer war bereits unter dem früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy beschlossen worden, der Sozialist François Hollande will sie nun rasch verschärfen und auf alle Finanztransaktionen ausweiten. Eine europaweite Finanztransaktionssteuer auf sämtliche Finanzmarktgeschäfte und -produkte ist wegen des Widerstands von Ländern wie Großbritannien bisher nicht in Sicht.

### Deutschland:

## UmFAIRteilen

Nach dem ÖGB-Schwerpunkt FAIRTEILEN wurde nun in Deutschland das Bündnis „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“ aktiv. Der Grund: fehlende Kindergartenplätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr – der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen. Die Forderungen: eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe, ein konsequenter Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und zur Bekämpfung der Armut, weltweit.

[www.umfairteilen.de](http://www.umfairteilen.de)

# Unsichere Beschäftigung

Die soziale Frage rückt in Europa wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

**Arbeitsmarkt.** Befristete Verträge, Teilzeitstellen und Leiharbeit nehmen europaweit zu. Ob die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre unsicheren Arbeits- und Lebensverhältnissen entgegenwirkt, das untersuchte ein dreiköpfiges Team der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in fünf europäischen Ländern: Österreich, Deutschland, Polen, Großbritannien und der Schweiz. Bilanz ziehen die Teammitglieder mit gemischten Gefühlen: „Die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse steigt überall. Die Wende zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik hat diese mitversucht“, halten sie fest.

### Paradefall Deutschland

Aktivierende Arbeitsmarktpolitik zwingt Erwerbslose prekäre Jobs anzunehmen, da staatliche Leistungen nun mit individuellen Gegenleistungen verbun-

den sind. Sonst drohen Sanktionen. Hartz-Reformen fördern in Deutschland daher Leiharbeit und Minijobs. Obwohl die Schweiz lange Zeit als „Sonderfall“ galt, kämpft sie mit ähnlichen Problemen. Arbeitsmarktpolitische Gesetze vergleichbar mit Hartz IV bewirken wenig. Leistungskürzungen verschärfen die Situation.

Die britische New Labour-Regierung führte aktivierende Arbeitsmarktgesetze im Gegensatz zu Deutschland langsam ein, der Niedriglohnssektor blieb lange stabil. David Cameron, seit dem Jahr 2010 Premierminister, verfolgt einen ähnlichen Ansatz, allerdings nahm er Kürzungen im öffentlichen Dienst vor.

In Großbritannien gibt es jedoch nahezu keinen Kündigungsschutz, auch die Schweiz hat ein liberales Arbeitsrecht. In Österreich wird die Prekarität durch das Tarifvertragssystem

und den Sozialstaat abgedeckt. Da gerade Österreich im Vergleich niedrige Arbeitslosenzahlen aufweist, zeigt das FORBA-Team auf: „Aktivierende Arbeitsmarktpolitik muss nicht unbedingt Folge eines Anwachsens der Arbeitslosigkeit sein.“

### Besserung mit EU-Beitritt

In Polen beeinflussten die internationalen Institutionen die Einführung der Aktivierungspolitik stärker als in den anderen Ländern. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus kürzte die Regierung aufgrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld. Durch die Liberalisierung der Arbeitsgesetzgebung breitete sich die prekäre Beschäftigung auch im formalen Sektor aus. Erst der Beitritt zur EU brachte eine Besserung.

Bettina Loidhold



### BUCHTIPP

Karin Scherschel, Peter Streckeis und Manfred Krenn (Hg.) „Neue Prekarität. Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – Europäische Länder im Vergleich“ Campus, Frankfurt, New York 2012 ISBN 978-3-593-39656-9 Bestellung: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

**Private abschaffen**

Die Slowakei will ab 2014 private Krankenkassen abschaffen. Hintergrund ist die wachsende Unzufriedenheit mit dem staatlichen Gesundheitssystem. Ende 2011 kam es zu einem Ärztestreik, und die Gewerkschaften forderten Gehaltserhöhungen für Spitalsangestellte. „Es kann nicht sein, dass Millionen von Euro im Privatsektor verloren gehen“, sagt Ministerpräsident Robert Fico.



**Staat abverkaufen**

ÖIAG-Präsident Peter Mitterbauer will noch mehr Staatseigentum privatisieren. Dabei waren bisherige Privatisierungen Husch-Pfusch-Verfahren. Sie haben dem Staat außer Korruption und dem Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen wenig gebracht, während sich einige ManagerInnen eine goldene Nase daran verdient haben. Ein Beispiel: Die Austria Tabak wurde erst privatisiert – und 2011 wurde das letzte Werk in Österreich dichtgemacht.



Illustration: Markus Szyrowski

Gastkommentar: Josef Muchitsch

# Leistbares Wohnen für alle

Die Politik hat sich vom leistbaren Wohnen verabschiedet. Ein Riesenfehler, der korrigiert werden muss.

Wohnen gehört wie Essen und Trinken zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Es ist Aufgabe der Politik, Wohnen in Österreich für alle leistbar zu halten. Mit der Wohnbauförderung war Österreich lange Vorbild innerhalb der EU – diese Vorbildrolle darf nicht der politischen Unfähigkeit durch kurzfristige Budgetkosmetikpolitik zum Opfer fallen.

**Differenziertes Wohnangebot**

Ziel einer strategischen Neuausrichtung des Wohnbaus muss es sein, für eine möglichst breite Bevölkerungsgruppe guten und vor allem leistbaren Wohnraum dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Den unterschiedlichen Wohnungsbedürfnissen ist ein differenziertes Wohnungsangebot gegenüberzustellen. Bei der Finanzierung sind öffentliche Wohnbaumittel wieder ausschließlich für den Wohnbau zu verwenden und zusätzliche neue Finanzierungsmöglichkeiten mit allen Verantwortlichen zu diskutieren. Bei der Objektförderung ist

die Neuerrichtung von Wohnraum auf Mietbasis eindeutig vor die Förderung von Objekten auf Eigentumsbasis zu stellen. Die notwendige Subjektförderung – wie zum Beispiel die Wohnbeihilfe – muss aus sozialen Töpfen finanziert werden.

**Unruhestifter**

Wohnen ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Fehlender Wohnraum führt unweigerlich zu sozialen Unruhen innerhalb einer Gesellschaft. Wenn Wohn-

ten relativ gut überstanden haben. Bei uns ist dadurch keine Vermögenspreisblase wie in den USA, Großbritannien, Irland oder Spanien entstanden. Durch eine funktionierende Wohnbauförderung in der Vergangenheit ist der Wohnungsmarkt bei uns nicht so stark Spekulationen ausgesetzt wie in Staaten mit einem instabilen, völlig frei finanzierten Wohnungsmarkt. Allein aus diesen Gründen muss der österreichische Wohnbau nicht nur ökologi-

In den letzten Jahren zeigte sich auch, welche Folgen eine fehlgeleitete, rein eigentumsbezogene Wohnungspolitik auf die Beschäftigung in einem Staat hat. In allen Ländern mit einer Vermögenspreisblase auf den Immobilienmärkten ist auch die Arbeitslosenquote sprunghaft angestiegen. Lassen wir uns von „Totengräbern“, die die Wohnbauförderung zu Grabe tragen wollen, nicht beeinflussen. Diese haben offenbar Eigeninteressen und verfolgen das Ziel, den Wohnungsmarkt ausschließlich privat zu beherrschen und sich somit persönlich zu bereichern.

**»Leistbares Wohnen muss wieder oberste Priorität in Österreich haben, damit Wohnen in Zukunft auch für unsere Kinder leistbar sein wird.«**

Josef Muchitsch

nen nicht mehr leistbar ist, Menschen „kein Dach mehr über dem Kopf haben“, können sich diese unmöglich am gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Leben beteiligen. Das System der Wohnbauförderung ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass wir die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 im Vergleich zu anderen Staa-

se, ökonomische und regionalpolitische Ziele verfolgen, sondern in Zukunft sozialpolitische Verantwortung übernehmen.

**Fokus auf wenig Einkommen**

Speziell Familien mit niedrigen Einkommen und Menschen mit Handicaps müssen dabei vorrangig behandelt werden.

**Vertrauen gewinnen**

Nur Politikerinnen und Politiker, die sich verstärkt für die Versorgung der Bevölkerung mit leistbarem Wohnraum einsetzen, werden letztendlich auch das Vertrauen der Menschen gewinnen. Leistbares Wohnen muss oberste Priorität bei den Verantwortlichen in Österreich haben, nur dann wird es möglich sein, dass



Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, Josef Muchitsch.

Wohnen in Österreich auch in Zukunft für unsere Kinder und Kindeskindern leistbar ist. Wahlen gewinnt man nur, wenn man die Menschen abholt! Entweder mit Angst, Klassenkampf oder mit sozialpolitischen Zielen. Wählen wir für die Menschen den sozialpolitischen Weg.

© GHF